

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (in Ausw. d. Handl.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852 Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postcheckkonto Berlin 660

Die deutsche Front in Oberschlesien.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

* Königsbrunn, 14. März.

Die Kampfstimmung in Oberschlesien hat ihren Höhepunkt erreicht. Überall, in den riesigen Arbeitsstätten der Industrie und in den Bauernhöfen merkt man die Hochdruckatmosphäre der letzten Anspannung. Mit Freude kann man dabei auch konstatieren, daß überall Anzeichen bemerkbar werden, die auf einen günstigen Stand der Abstimmungslage für Deutschland hindeuten. Die sich nunmehr in aller Öffentlichkeit auswirkenden diplomatischen Mißerfolge Korsantys, vor allen Dingen die Tatsache der gemeinsamen Abstimmung und damit die rechtmäßige Ausführung des Friedensvertrages, kommen der breiteren Öffentlichkeit erst jetzt recht zum Bewußtsein.

Sie sieht die Abstimmung der Reichsoberschlesier, deren Ausschluß von der Abstimmung ihr bis in die letzte Zeit hinein vorgespiegelt worden war, zur Wirklichkeit werden. Sie erlebt, daß die früher vom Terror eingeschüchterte deutsche Bevölkerung wieder die ihr zustehende Stellung einzunehmen beginnt und daß vor allem jede Art der Auslieferung gegen die die Ruhe und Ordnung garantierenden Bestimmungen der Interalliierten Regierung sofort und durchgreifend gehandelt werden. Die natürlichen Folgen davon sind Zweifel an ihrer bisherigen polnischen Führung, die sich wie Flugfeuer über das Land verbreiten. Auch der Erlaß des apostolischen Kommissars Serra, der von allen abgetrennten Eiden in bezug auf das Abstimmungsvotum entbindet, hat besonders in den bäuerlichen Kreisen, die einer starken polnischen Beeinflussung ausgesetzt waren, entlastend gewirkt.

Angelehnt dieser Vorgänge hat die polnische Propaganda schließlich den Kopf verloren. Während sie vorher versuchte, wenigstens scheinbar im Rahmen des Gefegmäßigen zu bleiben, greift sie nunmehr zu fast grotesken Mitteln. Die Korsantysche „Grenzzeitung“ bringt in einer Nummer nichts weniger als folgende Nachrichten: Berlin soll besetzt werden! Die Tschechen rücken gegen Opatowitz. In Breslau Mobilmachung aller Bürger bis zum 30. Lebensjahr! Die Deutschen kaufen die polnische Mark auf, um sie gratis zu verteilen und die Wertlosigkeit der polnischen Valuta damit zu beweisen! Lubendorf ist in Berlin angekommen, um als Oberbefehlshaber den Krieg gegen Frankreich zu führen! Verogniserröndet ist es schon, wenn die Polen, wie in Kattowitz, Agenten auf die Bahnhöfe schicken und den ankommenden Abstimmungsberechtigten durch Angebote bis zu 7000 M. die Stimme abzukaufen suchen, oder wenn sie ihre gewiegtesten Spigeln auf alle Bahnstrecken Deutschlands verteilen und dort Märchen von in die Luft gegangenen Abstimmungszeugen oder ähnlichen Greuelthaten verbreiten lassen. Neuerdings wird auch versucht, die ober-schlesischen Juden durch freundliche Erlasse einzufangen. Dabei ist vor kurzem noch eine vertrauliche amtliche Rundgebung des polnischen Plebiszitärkommissariats veröffentlicht worden, in der es hieß: „Der größte Teil des polnischen Volkes wendet sich mit Abscheu von den Juden ab. Er haßt sie aus tiefer Seele. Unser Volk befürchtet, daß nach dem Anschluß Oberschlesiens an Polen die Juden unser Gebiet überfluten werden. Das Volk muß also in Versammlungen belehrt werden, daß es nicht dazu kommen wird, denn die vom Volk gewählte Abordnung des ober-schlesischen Landtages werde dafür sorgen, daß die Juden Oberschlesien nicht verunreinigen.“

So wenig wie dieses Manöver gelingen wird, so wenig hat auch das Ausnutzen der deutschen Friedensverpflichtungen bei der ober-schlesischen Industriearbeiterschaft Erfolg. Es wird da ein statischer Unflug getrieben, von dem sich selbst der wirtschaftlich weniger geschulte Teil der Arbeiterschaft abwendet. Der von der „Vossischen Zeitung“ am Sonntag gebrachte Aufruf der ober-schlesischen Montanindustrie an ihre Arbeiter und Angestellten, der sich, unterschrieben von allen bedeutenden Industriemännern, für ein uneinseitiges Verbleiben Oberschlesiens beim Reich ausspricht, hat überall einen starken Eindruck hervorgerufen, auch bei den Polen, die in manchen Fällen schon geglaubt hatten, mit der Antisozialisierungstaktik Erfolg gehabt zu haben.

Die Stellung der Arbeiterschaft hat überhaupt allenthalben zu einer starken Orientierung nach Deutschland geführt. Die sozialistischen Parteien, bis in die Reihen der Kommunisten hinein, die nur zum allergeringsten Teil die törichte Neutralitätspolizei ihrer Berliner Parteileitung befolgen werden, sind durchaus scharf antipolnisch gesinnt. Gegenüber Korsantys Schätzung von 32 000 polnisch organisierten Arbeitern stellt der mehrheitssozialistische „Vollwille“ folgende Berechnung auf: Es sind heute von den etwa 425 000 Arbeitern in Oberschlesien allein mehr als 154 000 freigewerkschaftlich organisiert. Dazu kommen noch die christlichen und die Hirsch-Dunerschen Gewerkschaften, ferner die an Zahl unbestimmbaren polnischen Arbeiterverbände, von denen allerdings mindestens ein Viertel ihrer Mitglieder nur unter dem Druck des Terrors der Polen das Mitgliedsbuch erworben hat, und deren Mitglieder zum beträchtlichen Teil doppelt, deutsch und polnisch, organisiert sind. Man wird also die Gesamtzahl der organisierten ober-schlesischen Arbeiter mit rund 300 000 nicht zu gering bemessen. Mehr als zwei Drittel der arbeitenden Bevölkerung Oberschlesiens sind also in den Berufsverbänden organisiert, davon weitaus die meisten in deutschen Gewerkschaften. Aus diesen Zahlen geht folgendes hervor: In einem deutschen Oberschlesien, dem ja durch das Gefeg weitgehende Selbstverwaltungsrechte eingeräumt worden sind, wird die Arbeiterschaft ihre Errungenschaften nicht nur erhalten, sondern ausbauen können; in einem polnischen,

das unter dem starken Einfluß des von Warschau ernannten Boiwoden steht und noch dem reaktionären polnischen Parlament und Senat unterworfen sein würde, droht die Gefahr, daß die Kraft der organisierten Arbeitermassen an den Widerständen der anderen Berufsklassen wirkungslos verpufft...

So haben wir auf deutscher Seite eine wirksame Einheitsfront. Industrie, Großgrundbesitz, Arbeiter und ein großer Teil der Bauernschaft haben sich in der Führung des Endkampfes trotz

aller Gegensätze zusammengefunden. Das Eintreffen der Reichsoberschlesier hat ihnen allen einen starken idealen Auftrieb gegeben. Wenn der Endkampf auch schwer sein wird, und deshalb besonders hart, weil auf der Gegenseite die letzte Seele mitkämpft, so ist man doch angesichts der deutschen Stimmbereitschaft in allen Teilen des Landes bis in die Grenzstädte hinein zu der Hoffnung auf einen guten Ausgang des Volksentscheids am 20. März berechtigt.

Manfred Georg.

Die Propaganda der Habsburger.

„Schwarz-gelb bis in die Knochen.“

Von

Karl Lahn.

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Wien, 10. März.

Das ist das Motto: „Schwarz-gelb bis in die Knochen!“ Es steht an der Spitze der „Staatswehr“, „Militärpolitisches und legitimistisches Wochenblatt“, geleitet vom Obersten Wolff. Dieß man dies habsburgische Orgänchen, das sehr groß tut, dann ist die „überwältigende Mehrheit des österreichischen Volkes“ erfüllt von getreuestem Untertanengeist für Karl und Zita und möchte am liebsten anstimmen aus voller Brust das „Gott erhalte...“ Wer aber weiß, daß die Volksbefragung 90 bis 95 v. S. der Stimmen für den Anschluß an Deutschland erbringen wird, den mutet das „Schwarz-gelb bis in die Knochen“ eher humoristisch an.

Die kleine Nepuditt rings um Wien läßt das habsburgische Ueberbleibsel wühlen und schreiben, wie es will, eine innere Gefahr bedeutet es nicht. Ob es jedoch als äußere Gefahr ebenso gering gewertet werden kann, ist eine andere Frage. Die exaltierte Familie in Prangins ist Mittelpunkt eines Intrigencircles, der sich jüngst dank Londoner und Pariser Ermutigungen so hoffnungsvoll entwickelte, daß sein Erben die Gegenaktion auslöste, die — man darf es sagen — einen hinfort unüberwindlichen Damm allen habsburgischen Restaurationsplänen entgegenstellt hat.

Die Kamarilla setzt sich zusammen aus dem alten Adel, einem Häuflein Exministern und Militärs, kurz, aus Leuten, die Privilegien, Beruf und Brot verloren haben; nennt man die Namen, klingt kaum ein Bierkel deutsch, die Mehrzahl aber polnisch, magyarisch, tschechisch, kroatisch. Die Schweiz ist ein freies Land; man darf schon das Unrecht ein wenig mißbrauchen; in Prangins geschieht es gründlich. Von Karls Hofhalt fahren die Kurieren in alle Richtungen, tragen Weisungen und Gelder hinaus — wenn man in Wien alles aufgeschäufelte Bewismaterial bekanntgeben wollte, würde der Schweizer Bundesrat in Verlegenheit geraten. Aber man ist der Schweiz zu dankbar für vieles Gute, das sie getan. Auch entfernt sie zuweilen, unaufgefordert, überreizte Agenten Habsburgs, die dann freilich schnellen Ersatz finden. Exzentrischster Friederich sitzt in Bern, Max in St. Moritz, Eugen in Basel, Peter Ferdinand in Luzern; jeder Kanton hat seinen Erzherzog. Die Prinzen und Grafen fahren hin und her. Es gibt eine militärische, eine diplomatische und eine Presse-Kanzlei, alles mit Unterabteilungen für Deutschösterreich, Ungarn, Polen, Slowakei, Böhmen, Slowenien, Kroatien usw. Gewiß, keine offizielle, sondern eine sehr variable Organisation, aber mit guter Rollenverteilung.

Von Deutschösterreich, dem größten Sorgenkind, soll zuletzt die Rede sein; von Ungarn zuerst, weil dort die Sache für „gemacht“ gilt und Karl schon dem Fürstprimas Czernoch ungeduldig schreiben zu können glaubte, sein Einzug in Budapest brauche wohl nicht über den März hinaus verlagert zu werden. Bekannt ist, daß Graf Apponyi seine offizielle Pariser Reise auch zu einem offiziellen Besuch bei seinem „apostolischen König“ in Prangins benutzte. Verchtold, Andrássy, Windischgrätz u. a. sind ständig oder häufig in der Schweiz. Der Reichsverweser Horthy, dem es wohl persönlich nicht so eilig mit der Rückkehr Karls ist, darf sich nur als königlicher Statthalter bezeichnen; die Noten an die Entente werden von der „königlich ungarischen Regierung“ gefertigt; Apponyi bezeichnet in der Budapest Nationalversammlung jeden, der nicht Legitimist ist, als einen Revolutionär! Daß sich trotz des weißgardistischen Terrors Anhänger der sog. „freien Königswahl“ hervorwagen, ist aber als Beweis anzusehen, daß bei einer völlig freien Volksabstimmung Karl V. nicht die Mehrheit erhalten würde. Populär ist er auch bei den Magyaren nicht, Zita noch weniger. Eine Minderheit will ihn aufdrängen.

Polens Zustimmung zur Rückkehr der Habsburger nach Ungarn erlangt zu haben, galt bisher als der größte Erfolg der Arbeit in Prangins. Diese Zustimmung ist widerrufen worden; Polen hat sich in aller Form der Kleinen und der Großen Entente in dem Verbot der habsburgischen Restaurations in Ungarn angeschlossen! Ueber dies jüngste Geschehnis werden mir interessante Einzelheiten mitgeteilt: Dem ungarischen Gesandten in Warschau, Grafen Selonics, war sowohl aus Budapest wie aus Prangins (!) der formelle Auftrag erteilt worden, sowohl bei Pilsudski wie bei Sapieha anzu-

fragen, wie sich Polen zur habsburgischen Restauration in Ungarn stelle. Er bekam auf dem Belvedere wie im Außenamt unbefriedigende Antworten. Darauf sollte Selonics zum wenigsten eine polnische Neutralitätserklärung in der Habsburger Frage erlangen. Sapieha aber wünschte sich insbesondere wegen seiner bevorstehenden Reise nach Paris in keinen Gegensatz zur Tschecho-Slowakei zu bringen. So wurde denn versucht, untergeordnete Stellen auszuspielen, um das Warschauer Außenministerium in Verlegenheit zu setzen. Dies gelang; in namhaften Wiener Blättern wurde auffällig ein „Communiqué“ veröffentlicht, Polen habe sich in der habsburgischen Frage „desinteressiert“ erklärt. Der ganzen Aufmachung nach nahm man an, diese offiziöse Mitteilung auf die polnische Gesandtschaft in Wien zurückzuführen zu müssen, die noch Beziehungen zum polnischen Hochadel unterhalte. In Warschau erregte diese Veröffentlichung Aergernis; die Presse protestierte dagegen, da sie zeitlich zusammenfiel mit den Verhandlungen, die Sapieha in Paris mit Venesich führte. Fürst Sapieha sandte über seine Unterredung mit dem tschecho-slowakischen Minister des Auswärtigen, mit dem er in der Tschechen und ruthenischen Frage eine Annäherung herbeiführen wollte, einen Bericht nach Warschau; Venesich habe ihm sofort die Frage vorgelegt, wie sich Polen zur habsburgischen Frage stelle. Fürst Sapieha versprach ihm formell, daß sich die polnische Regierung genau dem Standpunkte anschließe, den der Vorkonferenzrat vor Monatsfrist in seiner Note an die ungarische Regierung eingenommen habe. Erst nachdem der polnische Minister hiermit der Kleinen Entente seine Zustimmung erteilt hatte, verhandelte Venesich mit ihm. Das Wiener Communiqué kam also sehr in die Quere; in Warschau fand eine Aussprache der Minister mit den Parteivertretern statt, in der nochmals deutlich festgestellt wurde, daß sich auch Polen allen Restaurationsbestrebungen der Habsburger entgegenstellen würde. Damit endete eine Hauptintrige von Prangins mit einem vollkommenen Fiasko.

Auch die in die Slowakei gesetzten Hoffnungen haben leihthin an Glanz verloren. Man hat wohl einen Teil des Alerus und ein paar Bauernführer im Geheimnis; sie sind aber zu einflusslos, um von sich aus, d. h. ohne einen magyarischen Einfall, auf den die Weißgardisten hinarbeiten sollen, das Geringste unternehmen zu können. In Tschechien ist schon gar nichts zu erwarten, da von allem altösterreichischen Adel der böhmische sich aus begründlichen Gründen am meisten zurückhält; er steht unter dem Druck der Beschlagnahmen. In Südböhmen haben die Slowenen wohl auch noch einen bescheidenen, Schwarz-gelb gesinnten Teil des katholischen Alerus, der die orthodoxe kirchliche Kirche fürchtet; aber hervorragen kann sich dort keiner. Bei den Kroaten hat die alte Frank-Partei ihren Anhang, bedeutet indessen, wie die letzten Wahlen gezeigt haben, für den S. S.-Staat keine Gefahr.

bleibt das „Sorgenkind“ Deutschösterreich. Es stand für die Karlisten fest, daß Wien von Budapest aus erobert werden müßte; ein Kinderispiel. Monate hindurch hatte es in der Hauptstadt kaum eine organisierte Macht gegeben. Wenn die zu Tausenden brotlos gewordenen Offiziere einmütig für Habsburg eingetreten wären, hätte die Kelagschmähete Volkswehr überwältigt werden können. Aber ein großer Teil der Offiziere will von Karl um keinen Preis etwas wissen, tritt für den Anschluß an Deutschland ein. Mögen der Oberst Wolff, alle „Staatswehr“-Schreiber, Oberst Reiß, der Vorsitzende der Frontkämpfer-Vereinigung die Obersten Bidale, Hussarek usw. Legitimistenverfassungen abhalten und vor dem Kaiserbild die Hymne singen — es stört sie niemand, denn sie stören niemand. Schon mehr Aufmerksamkeit verdienen jene, die mit gekentem Biss kämpfen. Da gibt es in der am Ruher stehenden christlichsozialen Partei einen an Zahl wohl schwachen, aber geistigen Potenz nach aber nicht einflusslosen Rechtsflügel, der süßlich-fäuerlich an der Republik mittelt, den Dolch im Gewande. Das doch immer wieder offiziell benützte Parteiorgan „Die Reichspost“ ist habsburgisch und anschlussfeindlich genau bis zu dem Grade, den die Hauptzahl der christlichsozialen Abgeordneten noch hingenommen läßt. Aber die „Reichspost“ hat ein Abendblatt, „Wiener Stimmen“ genannt, das schon viel unverblümter für die Monarchie eintritt und ab und zu gegen Deutschland und den Anschluß von hinterwärts Lohhaut; sie hat obendrein ein „Neues Montagsblatt“, das